

amtliche Bekanntmachung 1



Amtsgericht Monschau

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 08.09.2026, 11:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 11, Laufenstr. 38, 52156 Monschau**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Monschau, Blatt 960,
BV lfd. Nr. 1**

149/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Monschau, Flur 002, Flurstück 235, Gebäude- und Freifläche, Rosenthal 13, Größe: 936 m² verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. VI bezeichneten Wohnungseigentum.

versteigert werden.

Wohnungseigentum in einem denkmalgeschützten Mehrfamilienhaus. Gemäß Teilungserklärung handelt es sich um eine Wohneinheit im Dachgeschoss. Die Nutzfläche beträgt 87 qm. Das Dachgeschoss ist nicht ausgebaut und wird als Abstellfläche genutzt mit Standort der Zentralheizung für das Gebäude. Laut Gutachten ist die Nutzung als Wohnfläche zweifelhaft.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.04.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

20.000,00 €

festgesetzt.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag versagt worden, weil das abgegebene Meistgebot einschließlich des Kapitalwertes der nach den Versteigerungsbedingungen bestehenbleibenden Rechte die Hälfte bzw. 70 Prozent des Grundstückswertes nicht erreicht hat. Die Wertmindestgrenzen (5/10- und 7/10-Grenze) gelten daher nicht mehr.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Monschau, 04.07.2026

Amtsgericht

Hermanns

Rechtspfleger